

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 04/54. Jahrgang

April 2023

Schutzgebühr: 0,40 €

Fabian Dzewas-Rehm (Gewerkschaftssekretär, Verdi) zum Streik am UKGM

Was die vergangenen Wochen an unserem Klinikum passiert, ist wunderbar und dringend nötig: Die Kolleg*innen fordern mit Nachdruck einen *Tarifvertrag Entlastung und Beschäftigungssicherung*. Kernforderungen sind eine schichtgenaue Personalberechnung und ein Belastungsausgleich bei Nichteinhaltung sowie Ausgliederungsverbot und Kündigungsschutz für alle Beschäftigten. Für „unnötig und unangemessen“ hält den Streik nur der private Konzern. Die Solidaritätsbekundungen aus Politik und Gesellschaft sind zahlreich. Es scheinen sich alle einig zu sein, **dass bessere Arbeitsbedingungen am Klinikum ein Gewinn für die Allgemeinheit sind**. Dies ist in der Tat auch so: Es ist vielfach wissenschaftlich belegt, dass eine unzureichende Personalausstattung zu einem schlechteren Behandlungsergebnis führt. Mit den Tarifverträgen Entlastung haben Krankenhausbeschäftigte bundesweit einen Weg gefunden die eigenen Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt zu stellen und gleichzeitig die Versorgungsqualität für alle zu verbessern.

Für die Forderungen haben die Kolleg*innen dem Arbeitgeber und der Landesregierung ein 100-Tage-Ultimatum gesetzt: 4.163 Beschäftigte haben unterschrieben, dass sie ernst machen und in einen macht-



Wie wichtig ist dir eine gute Personalbesetzung im UKGM?

vollen Streik treten werden, falls sich bis zum 24.03. nichts Substanzielles bewegt. Nun ist genau dies eingetreten: Die Kolleg*innen sind im Streik, weil bisher noch kein Tarifvertrag da ist. Mit über 1.000 neuen Gewerkschaftsmitgliedern und einem guten Organisationsgrad scheinen die Kolleg*innen auch durchsetzungsfähig zu sein.

Der Streik richtet sich nicht nur gegen das UKGM, sondern adressiert auch die Politik. Mit der Einigung über Investitionen hat die hessische Landesregierung dem UKGM viele Millionen zugesagt. Im Gegenzug muss das UKGM selbst Geld investieren und ge-

wisse soziale Schutzmechanismen für die Beschäftigten garantieren – eigentlich sollten Ausgliederungen und Kündigungen dort, wo öffentliches Geld fließt, ohnehin verboten sein. Diese Garantie hat aber einen Schönheitsfehler: Für die Kolleg*innen der UKGM Service GmbH gilt weder Ausgliederungsverbot noch Kündigungsschutz. Hier setzen die aktiven Kolleg*innen an und fordern den gleichen Schutz für alle am Klinikum. Denn wie heißt es so richtig: Krankenhaus ist Teamarbeit!

Fabian Dzewas-Rehm,
Gewerkschaftssekretär, Verdi

Streik am UKGM: "Menschen vor Profite" und "Die Rhön AG bekommt Druck": **S. 2 und 3**

Neugründung: DKP Gruppe im Vogelsberg: **S. 5**

Energiekosten: Strom und Fernwärme immer teurer: **S. 7**

Für Frieden und Sozialismus!



Unbefristeter Streik: Menschen vor Profite

Am 24.03.2023 ist das von den Gewerkschaften gestellte Ultimatum abgelaufen, ohne dass sich etwas an den miserablen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessert hat.

Seit 27.03. wird nun Ernst gemacht. Verdi hat zu einem unbefristeten Streik am privatisierten Universitätsklinikum aufgerufen.



Betroffen waren in den beiden ersten Tagen des Streiks die OPs, die Anästhesie, Herzkatheteruntersuchungen, Radiologie und Neuroradiologie sowie die Endoskopie. Seit 29.03. sind weitere Beschäftigte zum Streik aufgerufen. In den ersten fünf Streiktagen sind drei Viertel der geplanten Operationen ausgefallen und rund 40 Stationen mussten Betten schließen. Falls es auch in der nächsten Verhandlungsrunde keine Annäherung der Positionen gibt, soll der Streik weiter ausgeweitet werden.

Aus Sicht der Geschäftsführung des Uniklinikums und dem dahinterstehenden Asklepios Konzern ist der Streik „unnötig und unangemessen, weil er die Versorgung der Patientinnen und Patienten hochgradig gefährden würde“. Ein Blick in den Klinikalltag zeigt jedoch, dass nicht der Arbeitskampf dafür verantwortlich ist. **Stattdessen gefährden Personalmangel und die damit verbundenen Arbeitsbedingungen seit Jahren das Wohl der Patienten.** Dies belegt auch eine Befragung unter 2.500 Beschäftigten des UKGM. 95% der Befragten gaben an, dass die aktuellen Arbeitsbedingungen für sie in den nächsten Jahren nicht oder eher nicht tragbar sind und sie keine sichere Gesundheitsversorgung gewährleisten können.

Die Unternehmensseite scheint kein Interesse zu haben, an dieser für Patienten und Beschäftigte prekären Situation etwas zu ändern. Stattdessen beschwert man sich presssensibel über vermeintliche Auswirkungen des Arbeitskampfes. Dabei hätte der Konzern jederzeit die Chance, den Streik zu beenden. Er müsste nur auf die grundlegenden Forderungen der Beschäftigten eingehen. „Stattdessen hat man das 100-Tage-Ultimatum und mehrere Warnstreiks ungenutzt verstreichen lassen, ohne verbindliche Regelungen für mehr Personal am UKGM zu vereinbaren“, so die Gewerkschaft.

Die Geschäftsführung verweist auf zusätzliche Personalkosten in Höhe von 150 Mio. Euro, sollten die notwendigen 2.300 zusätzlichen Vollzeitstellen geschaffen werden



und schiebt das Totschlagargument des vermeintlichen Fachkräftemangels nach. **Es gibt jedoch keinen Mangel an Fachkräften im Gesundheitswesen. Was existiert, ist ein Mangel an Fachkräften, die unter den aktuellen Bedingungen im Krankenhaus arbeiten wollen.**

Dass es anders geht, zeigt ein Blick nach Berlin. Mit besseren Arbeitsbedingungen konnten dort erfolgreich Pflegekräfte gewonnen werden. Die Charité hat im ersten Jahr nach der Einführung des Tarifvertrages Entlastung mehr als 500 Pflegekräfte neu einstellen können.

Ulf Immelt,

DGB -Gewerkschaftssekretär



Am 31.03. gab es eine Auftaktgathering für einen Streiktag mit 500 Demonstranten auf dem Bahnhofsvorplatz in Gießen unter dem Motto: "Wir für euch, ihr für uns! Gemeinsam für unser Klinikum!"

Was wäre wenn...? Ausgaben für Rüstung und	zivile Zwecke im Vergleich
Eine Flugstunde des Kampfflugs EUROFIGHTER (CO ₂ Ausstoß 11 t/h): 67 852 €	Bau einer Sozialwohnung 50 m ² (Schnitt ca. 2.650 €/m ²): 132 500 € = 2 Flugstunden
Geplanter Kauf von 35 atom- bombenfähigen F-35 Kampf- flugzeugen (Tarnkappenjet) und Ausrüstung 8 500 000 000 €	In den Krankenhäusern fehlen jedes Jahr für dringende Investitionen im Medizinbereich: 3 700 000 000 €
Kosten für EINEN Schützen- panzer PUMA 15 000 000 €	Hilfe für 42 Millionen hungernde Menschen in den 43 ärmsten Ländern der Welt für 2 Jahre: 13 200 000 000 €
Auftragsvolumen für die Nach- folge des LEOPARD 2 Panzers: geschätzt 100 000 000 000 €	Kosten für die Sanierung von Universitäten und Hochschulen: ca. 50 000 000 000 €
Aus dem "Sondervermögen" für neue Kampfschiffe u.a. Raketen für die Marine: 19 300 000 000 €	Ein Jahr Gehalt für 460 000 neue Kranken- und Altenpfleger:innen (der Fehlbestand der kommenden Jahre): ca. 19 000 000 000 €
Aus dem "Sondervermögen" für den Bereich "Landstreitkräfte", u.a. Schützenpanzer: 16 800 000 000 €	Ausbau Ziviles Peacekeeping auf 20.000 Peacekeeper:innen für 10 Jahre weltweit: 16 000 000 000 €
Weltweite militärische Ausgaben (2021): 1 940 000 000 000 €	Klimakrise stoppen: 840 000 000 000 €

Streik – die Rhön AG bekommt Druck

Rhön AG braucht Druck – so hatten wir im vorigen Gießener Echo getitelt. Die Beschäftigten des UKGM fordern seit langem einen Entlastungstarifvertrag mit verbindlichen

Ich liebe meine Ausbildung!

Aber die Bedingungen machen mich zu oft traurig.



Regeln für die Personalbemessung. Die Rhön AG ließ den größten Teil der Zeit des Ultimatums ohne Reaktion verstreichen, erst etwa drei Wochen vor Ablauf bequeme sie sich zu Verhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaft Verdi. Jetzt ist die Zeit abgelaufen. Wie angekündigt traten die Beschäftigten in den Streik. Die Patienten bleiben nicht unversorgt, es gibt Vereinbarungen, die deren Wohl sichern. Die streikenden Pflegerinnen und Pfleger verdienen jede Solidarität. **Sie streiken nicht nur für sich, sondern auch für die jetzigen und zukünftigen Patienten. Das könnte jeder von uns sein.**

Die Solidarität verweigert hat der Senat der Justus-Liebig-Universität. In einer Senatssitzung war ein Antrag für eine Solidaritäts-Resolution

gestellt worden. Zur Behandlung als Dringlichkeitsantrag wäre eine Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen. Präsident Mukherjee lehnte eine Behandlung der Resolution ab. Der Senat sei nur für die Lehre zuständig, diese sei durch die Tarifverhandlungen nicht betroffen. Das ist falsch. **Durch die Arbeitsüberlastung leidet auch die Ausbildung der Studierenden.** Die Medizinische Fakultät musste zum Ausgleich der mangelhaften Ausbildung am Krankenbett zusätzliche Angebote für Studenten schaffen. Die notwendige Mehrheit kam nicht zustande, die Solidarität blieb aus.

Die DKP wünscht den Streikenden am UKGM Durchhaltevermögen und viel Erfolg für ihren Streik!

Gernot Linhart

Frauenkampf heißt auch Friedenskampf

Am 08.03.2023 fand der traditionelle Frauenkampftag mit Demonstration – trotz starkem Dauerregen – in Gießen statt. Gemeinsam demonstrierten wir gegen die Unterdrückung durch das Patriarchat und die Ausbeutung durch den Kapitalismus.

300 Personen fanden sich am Rathausplatz ein. Martina Lennartz (DKP) eröffnete die Veranstaltung. "Haben wir überall Grund zum Feiern?" rief sie zu Beginn der Veranstaltung ins Mikrofon. "Haben sich die vielen vergeblichen Forderungen der Frauenbewegung in den letzten 113 Jahren geändert?" Zwar hätten die Frauen, so Lennartz, das Recht, ohne Zustimmung ihres Ehemannes einer Arbeit nachzugehen, doch Millionen von ihnen müssten immer noch um ihre körperliche Unversehrtheit bangen, dürften nicht entscheiden, ob sie schwanger werden wollten oder nicht. Auf den immer zahlreicher werdenden Kriegsschauplätzen, wie denen in der Ukraine, Syrien, Türkei und im Iran litten Frauen und ihre Kinder in be-

sonderem Maße. "Mit jedem Krieg werden die Frauenrechte wieder ins Mittelalter zurückgebombt."

Die zweite Rednerin, Tatjana Gildt vom Universitätsklinikum Gießen-Marburg, sprach von der besonderen Situation aller Beschäftigten und hob die Belastungen der Frauen hervor.

Eine Vertreterin des 8.-März-Bündnisses benannte die auf dem Weg liegende Löwengasse inoffizielle Clara-Zetkin-Straße um. Clara Zetkin hatte 1910 den

Internationalen Frauentag ins Leben gerufen. Bei Zwischenstopps sprachen Eva Seyfadin (Kurdischer Verein), Subi Schwarz (SDAJ) und Jenny Meurer (ARAG). Weiter ging es bis zum Kirchenplatz, wo die Demonstration mit einer Schlusskundgebung endete. Einig waren sich alle Rednerinnen, dass nur in einer sozialistischen Gesellschaft die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen werden.

M.L.



Kliniken: Aus für Fake-Siegel



Einige Gliederungen des Uniklinikums und der Asklepiosklinik Lich schmücken sich mit einem von der Zeitschrift *Focus* verliehenen Qualitätssiegel. „Eines der besten Krankenhäuser Deutschlands“ oder ähnliches, wird da behauptet.

Im Dezember 2020 berichteten wir, dass ein politisches TV-Magazin herausgefunden hat, dass dieses Siegel mehr oder weniger willkürlich an Kliniken und Ärzte verschickt wird. Gegen Zahlung eines vierstelligen Betrages können sie mit diesem Siegel werben. Nun wurde gerichtlich festgestellt, dass diese Siegel nach nicht nachvollziehbaren Regeln vergeben werden. Das Geschäftsmodell wurde für unzulässig erklärt.

Gernot Linhart

Die 4. Kammer für Handels-sachen hat am 13.02.2023 der Unterlassungsklage der Wettbewerbszentrale hinsichtlich der Verleihung und Publizierung sog. „Ärzte-Siegel“ gegen einen Verlag stattgegeben (Az 4 HKO 14545/21).

Der Kläger beanstandete, dass die Beklagte gegen Entgelt an Ärztinnen und Ärzte Siegel verleiht, die sie als sogenannte „Top Mediziner“ bzw. „Focus Empfehlung“ auszeichnen. (aus: www.justiz.bayern.de)

Karstadt baut ab

Im Gießener Kaufhaus Karstadt, dessen Weiterbetrieb gerade erst verkündet wurde, sollen laut Presseberichten mehr als ein Dutzend Beschäftigte entlassen werden, vor allem aus den Bereichen Verkauf und Kasse. Als gelegentlicher Kunde kann man da nur den Kopf schütteln. Schon jetzt gibt es in dem Haus kaum noch Personal. Im dritten Stock, wo sich u. a. die Sportabteilung befindet, ist oft nur ein

Mitarbeiter anwesend. Wenn man eine Frage, z. B. zu einem Fahrradersatzteil hat oder sich für eine der zur Diebstahlsicherung weggeschlossenen Sportuhren interessiert, muss man lange nach einem Ansprechpartner suchen. Wenn der gerade mit einem anderen Kunden beschäftigt ist, hat man Pech gehabt. Wenn man die Ware hat, muss man sich ein Stockwerk tiefer in die Schlange vor einer Kasse anstel-

len. Ich habe schon öfter auf einen Kauf verzichtet, weil ich auf die Warterei keine Lust hatte. Mit weniger Personal wird sich der Umsatz bestimmt nicht verbessern. Dem Eigentümer, dem Grundstück- und Immobilienspekulanten Benko, ist das wohl egal. Er kassiert die Miete und lässt die Läden von Zeit zu Zeit auf Kosten der Allgemeinheit sanieren.

Gernot Linhart



50 Bäume ließ das Gartenamt unter G. Weigel-Greulich für ein "mäandrierendes Nebengerinne zur Wieseck" zwischen Schwanenteich-Weg und Schwimmbad fallen.

Auf dem Foto sieht man zehn Jahre alte "Ausgleichsmaßnahmen" für Fällungen von ausgewachsenen Bäumen vor der Landesgartenschau 2014.



DKP im Vogelsberg

Seit dem 15.03. gibt es auch im Vogelsberg eine aktive Gruppe der DKP. Wir gratulieren Frank zum Vorsitz und Paul zum stellvertretenden Vorsitzenden. Der Kreisverband Gießen übermittelte persönlich Glückwünsche und Geschenke.

Alle Gruppenmitglieder sind in der Gewerkschaft, entweder bei Verdi oder in der IG Metall. So hat die Gruppe gleich am darauffolgenden Tag den Warnstreik von Verdi „Jetzt ist der Öffentliche Dienst dran“ in Alsfeld unterstützt. Über 400 Menschen gingen an diesem Tag dafür auf die Straße. Die Genossinnen und Genossen verteilten dort ihre Solidaritätserklärung, die sie direkt nach der Gruppengründung formuliert hatten.

Politische Schwerpunkte der Gruppe werden Frieden und Ökologie sein. Das Thema „Wasser für

Rhein Main“ wird eine zentrale Bedeutung einnehmen.

Auch sind die Gruppenmitglieder schon eifrig dabei Unterschriften für die DKP-Beteiligung an der Landtagswahl zu sammeln. Sie freuen sich auch mit den Sympathisanten gemeinsam an Aktionen für den diesjährigen Ostermarsch teilzunehmen, die in vielen hessischen Orten stattfinden. Die Vogelsberger Genossinnen und Genossen werden das Gießener Friedensnetzwerk unterstützen, das am 08.04. ab 11 Uhr am Hiroshimaplatz

(Katharinenplatz Gießen) eine Kundgebung angemeldet hat.

Martina Lennartz



**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt
Kämpfen statt...

Drei Wochen gratis.
Probesabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Rotstiftpolitik in Gießen – Betroffen: Schulen, Kitas, Soziales



Kaputte, halb renovierte Schulen, Kitas, in denen sich die Hitze staut, fehlende Sporthallen, die von privaten Immobilienhaien profitabel gebaut werden sollen, aufgeschobene

Projekte, zu wenig Unterstützung für soziale Einrichtungen, Sportvereine usw.: Die öffentliche Kasse in Gießen hat seit Jahren ein klaffendes Loch.

Jetzt hat das Regierungspräsidium (RP), das vor zehn Jahren den Gartenschauetat genehmigt hatte, die Reißleine gezogen. Gießen soll abspecken. Willfährig macht sich die Grünen-SPD-Linke-Stadtregerung ans Werk und kürzt. Die Presse schreibt diesbezüglich von einer „Liste des Grauens“. Als ob die Stadtregerung nur darauf gewartet hätte, dass der RP Einspruch einlegt. Damit kann man ihm alles in die Schuhe schieben.

13 Millionen sollen insbesondere bei den Jüngsten gekürzt werden, bei der Bautätigkeit in vier Schulen, am härtesten bei der Herderschule, der Sporthalle Lützellinden, der Neugestaltung von Spielplätzen sowie den Kitas. Das Programm „Sozialer Zusammenhalt“ soll auf $\frac{3}{4}$ der ursprünglichen Summe geschrumpft werden. Das betrifft besonders die Weststadt. Angedroht hat A. Wright, grüner Bürgermeister und Ober-Sparschwein, im Falle des Widerstands eine massive Anhebung der Grundsteuer B, die auf die Mieter von Wohnungen abgewälzt wird.

Natürlich ist die Stadt in der Zwickmühle. Misswirtschaft, wie zehn Millionen für die Greensill-Bank, überzogene Projekte wie die Landesgartenschau, ein viertes hauptamtliches Magistratsmitglied und 100.000-Euro-Gutachten für ein Schicki-Micki-Lahn-Surf-Projekt haben einen Schuldenberg hin-

terlassen. Die selbst produzierten Haushaltssünden „läppern sich“, sagt der Oberhesse. Bereits vor zehn Jahren hatte die Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“ vor einem „Haushaltsgau“ gewarnt. Nicht nur wegen des Reims. Entscheidend ist die Vernachlässigung der Städte durch die Landesregierung. Die Städte werden zu Privatisierungen ihrer Aufgaben und zum Verkauf von Grundstücken gezwungen, weil sie von Wiesbaden ausgeblutet werden. Der hessischen Verfassung nach muss die Landesregierung den Kommunen ausreichend Geld für ihre Aufgaben zufließen lassen. Dazu müsste sie von allen Stadtverordneten gezwungen werden, nähmen die ihre Aufgabe ernst.

Privatisierungen und Verkauf von städtischem Eigentum müssen verhindert werden.

M. Berger

Strompreise immer noch zu hoch

Die Stadtwerke Gießen haben die zu Anfang des Jahres fast verdoppelten Strompreise wieder um etwa 13% gesenkt. Für die Kunden ist das eine unerwartete Erleichterung, aber angesichts der tatsächlichen Produktionskosten für elektrische Energie sind die Tarife immer noch viel zu hoch.

Nach wie vor orientiert sich die Kalkulation am Preis für Erdgas – obwohl nicht mal 10% des Stromes mit Gas erzeugt werden. Den größten Teil der so erzielten Übergewinne streichen die Energiekonzerne ein, auch kleinere Erzeuger von Strom-, Wind- und Wasserenergie profitieren. Den Stromkunden aber fehlt das Geld in der Haushaltskasse. Statt den Produzenten diese Gewinne zu ermöglichen, könnte die Regierung dafür sorgen, dass sich die Strompreise an den tatsächlichen Kosten orientieren – nur starker Protest aus der Bevölkerung könnte sie dazu veranlassen.

Gernot Linhart

Auch Fernwärme deutlich teurer

Die Stadtwerke-Tarife für Fernwärme wurden zum 01.04. um etwa 40% erhöht, sie liegen jetzt rund dreimal so hoch wie 2021. Eigentlich sind die Energiepreise in den letzten Monaten deutlich gesunken. Die Stadtwerke geben als Grund für die Erhöhung „Indizes“ an, die sich an den Börsenpreisen der letzten Monate orientieren. Diese Indizes werden anscheinend so

berechnet, dass sie sich bei Kostensteigerungen schnell erhöhen, bei Kostensenkungen aber nur langsam wieder sinken. Preise für lebenswichtige Güter wie Wärme sollten sich nach den tatsächlichen Kosten richten und nicht nach irgendwelchen undurchsichtigen Indizes – und sie sollten demokratisch kontrolliert werden.



1. Mai – Kein sozialer Fortschritt ohne Klassenkampf

Mal wieder 1. Mai, werden viele denken. Aber dieses Jahr steht der „Kampftag der Arbeiterklasse“ unter anderen Vorzeichen. Nicht Bratwurst grillen und Familienfest, sondern Klassenkampf ist angesagt. Inflation, Mietenwahnsinn, massive Lohnverluste, Klassenkampf von oben und die Angst vor der Ausweitung des Krieges in der Ukraine bestimmen das Bewusstsein vieler Menschen. Die Streikwelle in Europa zeigt deutlich: Die Geduld der lohnabhängigen Menschen ist zu Ende.

Auch der „Deutsche Michel“ scheint aus seiner sprichwörtlichen Lethargie erwacht. Streiks im Öffentlichen Dienst, an Flughäfen, in Kliniken – auch im Uniklinikum Gießen Marburg – machen dies deutlich.

Der Anlass des 1. Mai war ur-

sprünglich der Kampf um den 8-Stunden-Tag, 1886 war der 12-Stunden-Tag in den USA üblich. Überall in den USA demonstrierten am 1. Mai 1886 Tausende von Arbeitern, traten in den Streik und nahmen an Kundgebungen teil. Am Haymarket in Chicago kam es am 4. Mai zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei. 200 Arbeiter wurden verletzt und 21 getötet. Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale zwischen dem 14. und 21. Juli 1889 wurde zum Gedenken an die Opfer der Haymarket Unruhen der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ ausgerufen. Am 1. Mai 1890 wurde zum ersten Mal dieser „Protest- und Gedenktag“ mit Massenstreiks und Massendemonstrationen in der

ganzen Welt begangen.

Die Entstehungsgeschichte des „Kampftags der Arbeiterklasse“ macht deutlich, nur durch den gemeinsamen Kampf der lohnabhängigen Menschen werden Fortschritte erkämpft. Freiwillig geben uns die Bosse nichts ab. Ein aktuelles Beispiel ist der am 27.03.2023 gestartete Streik am UKGM. Die Beschäftigten stellten den Chefs der Rhön Klinikum AG im Dezember 2022 ein Ultimatum von 100 Tagen. Dieses Ultimatum ließen die Bosse verstreichen. Nur Streik und das Bewusstsein unserer Stärke als lohnabhängige Menschen werden unsere Forderungen durchsetzen. Die Bosse brauchen uns, wir brauchen aber nicht die Bosse.

Henning Mächerle

Feministische Außenpolitik – ein neuer Trick des Menschenrechtsimperialismus

Kolonialisten und Imperialisten haben die Eroberung und Ausbeutung anderer Länder und Kontinente schon immer mit edlen Motiven begründet – sie brachten angeblich Christentum und Zivilisation. Später wurden es die Menschenrechte, mit denen die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder begründet wurde, Handelsboykott, Sanktionen, Militäraktionen und Kriege sind die Mittel.

Dabei werden Menschenrechte sehr selektiv eingefordert. Verbündete oder als Partner nützliche Länder werden höchstens mal höflich auf entsprechende Mängel

hingewiesen, während Staaten, die als Konkurrent, Gegner oder Feind eingestuft werden, mit schärfsten Maßnahmen rechnen müssen. Beim angeblichen Feminismus in der Außenpolitik ist es nicht anders. Hat jemals ein deutscher Politiker die frauenfeindlichen Gesetze in einigen US-Staaten angeprangert? Wurden von Saudi-Arabien und den anderen Golfmonarchien die Rechte der Frauen je so deutlich eingefordert wie vom Iran? Außenpolitik ist Machtpolitik, von Feminismus kann da keine Rede sein.

Gernot Linhart

Wahlen in der Türkei – Kampf der Bourgeoisie

Am 14.05.2023 finden die türkischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt.

Bei der Wahl zum Staatspräsidenten tritt der bisherige Präsident Erdoğan erneut an. Das Oppositionsbündnis „Bündnis der Nation“ hat den CHP (sozialdemokratisch, kemalistischen)-Chef Kılıçdaroğlu nominiert. Die Umfragen sehen die Wiederwahl des bisherigen Staatspräsidenten Erdoğan als ungewiss an. Auch sein Parteienbündnis „Volksallianz“ hat keine Mehrheit. Die katastrophale Wirtschaftslage und das „Missmanagement“ im Zusammenhang mit der Erdbebenkatastrophe (ca. 150.000 Tote) machen es Erdoğan schwer.

In der Türkei, wo die reale jährliche Inflation schon lange über 100% liegt und fast 90% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, haben sich die Klassenspannungen nach der jüngsten Erdbebenkatastrophe verschärft. Die westliche Unterstützung von Kılıçdaroğlus Kandidatur zielt darauf ab, Erdoğan durch eine loyalere und leichter zu kontrollierende Regierung zu ersetzen. Schon der von der NATO unterstützte, jedoch gescheiterte

Putschversuch von 2016 war ein Versuch, die AKP-Regierung loszuwerden. Dabei ging es vor allem um Ankaras Bestrebungen, die Beziehungen zu Moskau zu verbessern.

Die Erdoğan-Regierung repräsentiert eine Fraktion der Bourgeoisie, die zwar eng mit dem Imperialismus verbunden ist, die aber die Eskalation des NATO-Krieges gegen Russland nicht vollständig unterstützt und die mit den islamischen Golf-Monarchien gute Geschäfte macht. Die andere Fraktion sieht ihre Interessen am besten in einem Bündnis mit der NATO und der EU verwirklicht. Die kurdische HDP verzichtet auf einen eigenen Kandidaten, weil für sie der Sieg der Opposition ein Ende des Krieges der Türkei bedeuten könnte. Die Abwahl der AKP-Regierung könnte auch die westlichen Hilfsgelder wieder üppiger fließen lassen. Beim Kampf der unterschiedlichen Fraktionen der türkischen Bourgeoisie spielt die Lage von Millionen von Lohnabhängigen kaum eine Rolle. Die Interessen der Arbeiterklasse werden von keinem der beiden Bündnisse vertreten.

Henning Mächerle

Rentenlüge 2023

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat am 20.03.2023 auf seiner Homepage eine Rentenerhöhung von 4,39% für die West-Rentnerinnen und Rentner angekündigt. Bei einer aktuellen Inflation von 8,7% sinken die realen Renten also um 4,31%. Diese "Erhöhung" nennen wir Kommunisten daher beim Namen: "Kürzung". Und das Gerede von der Erhöhung nennen wir Rentenlüge.

H.R.

Unterstütze uns mit deiner Unterschrift

Wir sammeln **Unterstützungsunterschriften** für die Landtagswahl in Hessen am 08.10.2023.

Im Gegensatz zu den etablierten Parteien muss die DKP Unterschriften sammeln, um überhaupt zur Wahl antreten zu dürfen.

Die Kandidatur der DKP ist dringend erforderlich, da wir Kommunisten die einzigen sein werden, die konsequent gegen Kriege, gegen die NATO und gegen jegliche Kriegsvorbereitungen auftreten. Der Kampf gegen die Kriegspolitik und für soziale Verbesserungen für die arbeitenden Menschen soll im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen.

Informationen für das Ausfüllen des Unterstützungsbogenblattes findest Du unter www.giessen.dkp.de

Sende uns den ausgefüllten und unterschriebenen Vordruck bitte per Post an DKP Gießen, Postfach 110340, 35348 Gießen



Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** versuchte der damalige Gießener CDU-Bundestagsabgeordnete Adolf Roth (Esso-Roth) ein Berufsverbot für den Kreisvorsitzenden der Gießener DKP, Michael Beltz (Lehrer in Wißmar), zu erreichen. Unterstützt wurde er von der hessischen CDU und vom CSU-Organ *Bayernkurier*. In Stadt und Kreis gab es eine breite Solidaritätskampagne für Michael. Er blieb bis zur Pensionierung Grundschullehrer.

Vor **40 Jahren** zitierte das Echo aus Drohbriefen von Groß- und Einzelhandelsbetrieben an kranke Beschäftigte. Darin wurde den Betroffenen unterstellt, sie seien nicht krank und

sollten sich sofort gesund schreiben lassen. Erfolg hatten die Drohungen nicht.

Vor **30 Jahren** baute der ehemals renommierte Maschinenbauer Heyco 80 Arbeitsplätze ab. Die Entlassenen mussten die Folgen des jahrelangen Missmanagements ihrer Betriebsleitung tragen. Diese hatte die technische Entwicklung im Maschinenbau verschlafen.

Vor **20 Jahren** kam eine Lüge des damaligen Bürgermeisters und Oberbürgermeisterkandidaten Haumann (CDU) heraus. Im Dezember davor hatte es einen Polizeieinsatz im Stadthaus gegeben, bevor das

Stadtparlament über eine Gefahrenabwehrverordnung entschied. Haumann hatte eine Bombendrohung erfunden, damit die Abstimmung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden konnte. Trotzdem wurde er für eine Wahlperiode zum OB gewählt.

Vor **10 Jahren** verließen die Naturschutzverbände BUND, NABU und HGON den Runden Tisch zur Vorbereitung der Landesgartenschau. Nach einer Abholaktion in der Wieseckau hatten sie erkannt, dass diese Schau nichts mit Naturschutz zu tun hatte.

Gernot Linhart



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Sa., 08.04.2023 ab 11:00:



Ostermarsch-Kundgebung, Katharinenplatz (Hiroshima-Platz) mit Live-Musik

Mo., 10.04.2023

Ostermarsch Frankfurt, Treffpunkt 9:00 Uhr Hbf. Gießen

Fr., 14.04.2023 um 19 Uhr:

Stammtisch im Chamäleon

Mi., 19.04.2023:

Redaktionsschluss Mai-Echo

Do., 20.04.2023 um 18 Uhr:

Bildungsabend der DKP, Mesopotamisches Kurdisches Kulturzentrum, Ederstr. 16

Di., 25.04.2023 um 18 Uhr:



Kundgebung "Heizung, Brot und Frieden" am Kugelbrunnen

Do., 27.04.2023 um 19 Uhr:



mit Vortrag von Björn Blach, Bezirksvorsitzender DKP Baden-Württemberg, und Musik mit Erich Schaffner und Georg Klemp im Chamäleon

Do., 04.05.2023 um 19 Uhr:

Gruppenabend / MV DKP GI, Winchester-Zi., Kongresshalle

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbrief
an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen

E-Mail: giessen@dkp.de

Internet: www.giessen.dkp.de

1. Davon ließen sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Frauentagsdemo in Gießen nicht abschrecken
2. Machen Kriegspropaganda für die NATO
3. Hinweise auf Antworten zu den Kreuzworträtseln finden Sie in der letzten ... des Gießener Echos
4. Parkflächen in Gießen werden verringert, erhöht werden dagegen die ...
5. Lösung für die prekäre Situation an der Uniklinik
6. Sportgerät für Kleintiere, das im letzten Echo Erwähnung fand
7. Zeigt im Gegensatz zu Sozialpartnerschaft Wirkung
8. Methode auf dem Weg zum Frieden
9. Expertin für abenteuerliche Pirouetten
10. Antikriegsdemonstrationen Anfang diesen Monats

M.H.